



dbb
beamtenbund
und tarifunion
sachsen-anhalt

12.03.2015

Warnstreik und Kundgebung in Magdeburg: Gute Arbeit verdient gerechte Entlohnung

Am 11. März 2015 haben 10.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg auf dem Alten Markt mit einer Kundgebung ihren Forderungen in der Einkommensrunde der Länder Nachdruck verliehen. Jens Bullerjahn, Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wurde auffordert, in der dritten und vorerst letzten Verhandlungsrunde am 16./17. März 2015 endlich ein substantielles Angebot zu machen.

„Jetzt haben wir schon zwei von den vereinbarten drei Verhandlungsrunden zur Einkommensrunde 2015 für den öffentlichen Dienst der Länder hinter uns. Aber außer heißer Luft hat es von den Arbeitgebern um den Finanzminister Sachsen-Anhalts, Jens Bullerjahn, nichts gegeben. Vielleicht hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder einfach noch nicht begriffen, dass ein guter Tarifabschluss auch eine gute Investition in die Zukunft darstellt. Und investieren wollen die Länder. Doch wer mehr Sicherheit schaffen will, braucht eine ausreichende Zahl von Polizisten und Strafvollzugsbediensteten, die wiederum ein Recht auf ordentliche Bezahlung haben. Das gleiche gilt auch für den Straßenbetrieb und alle anderen Bereiche des öffentlichen Dienstes. Gute Arbeit verdient gerechte Entlohnung, die mit der allgemeinen Entwicklung der Einkommen Schritt halten kann“, sagte der stellvertretende Vorsitzende dbb Bundestarifkommission Karl-Heinz Leverkus.

„Herr Bullerjahn meint, die Forderungen der Gewerkschaften passen angesichts niedriger Inflationsrate und niedriger Zinsen nicht in die Zeit. In den Einkommensrunden vergangener Jahre war die hohe Inflationsrate für die Arbeitgeber auch kein Grund für hohe Einkommenszuwächse. Nach vielen mageren Jahren erwarten die Beschäftigten der Länder jetzt zu Recht, dass ihr Realeinkommen steigt“, sagte Torsten Grabow, Vorsitzender der Landestarifkommission des dbb sachsen-anhalt.

Als besonders schwierig gestalten sich die Verhandlungen zur Lehrer-Eingruppierungsordnung (L-EGO). „Die Arbeitgeber bieten ein Zusammenschreiben der TdL-Richtlinien Ost und West mit Angleichung an die West-Richtlinie an. Auf dieser Basis wird es keine Einigung geben. Wir erwarten eine L-EGO, die die Leistung und Verantwortung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer in der Bildungs- und Erziehungsarbeit anerkennt. Eine ganze Berufsgruppe wird nun schon seit vielen Jahren hingehalten und das akzeptieren wir nicht“, machte Helmut Patrik, stellvertretender dbb Landesvorsitzender und Landeschef des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), deutlich.